Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH, Berlin			
Lagebericht			
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019			

Inhaltsverzeichnis

V	orbeme	erkung	1
1	Ges	chäfts- und Rahmenbedingungen	2
	1.1	Unternehmensstruktur und Geschäftstätigkeit	2
	1.2	Wirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	3
	1.3	Steuerungssystem	4
2	Wir	tschaftsbericht	5
	2.1	Darstellung des Geschäftsverlaufs	5
	2.2	Ertragslage	9
	2.3	Vermögens- und Finanzlage	11
	2.4	Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	12
3	We	itere ergebnisrelevante Faktoren	13
	3.1	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	13
4	Pro	gnose der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	13
	4.1	Prognose	13
	4.2	Chancen und Risiken	15
	4.2.	1 Umfeld- und Branchenchancen sowie -risiken	15
	4.2.	2 Leistungswirtschaftliche Chancen und Risiken	16
	4.2.	3 Finanzwirtschaftliche und rechtliche Chancen und Risiken	16

Vorbemerkung

Die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH ("DAkkS", "das Unternehmen", "die Gesellschaft"), Berlin, erstellt diesen Lagebericht zum 31. Dezember 2019 gemäß den gesetzlichen Vorschriften. Er ist im Kontext mit dem Jahresabschluss zu lesen, welcher nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt wurde.

Die Angaben in den Tabellen erfolgen, soweit nicht auf eine andere Einheit hingewiesen wird, in Tausend Euro (TEUR). Sämtliche Angaben beziehen sich auf volle Tausend Euro kaufmännisch gerundete Angaben, so dass Rundungsdifferenzen möglich sind. Dies gilt auch für alle abgeleiteten Angaben (z.B. Prozentangaben).

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Unternehmensstruktur und Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH ist die nationale Akkreditierungsstelle der Bundesrepublik Deutschland und ist in diesem Rahmen als Beliehene des Bundes tätig. Sie begutachtet, bestätigt und überwacht als unabhängige Stelle die Fachkompetenz von u.a. Laboratorien, Inspektions- und Zertifizierungsstellen (sog. Konformitätsbewertungsstellen). Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Qualitätssicherung, das Verbrauchervertrauen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Hauptsitz befindet sich in Berlin.

Die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH hat am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit als Nationale Akkreditierungsstelle gemäß der EU-Verordnung (EG) Nr. 765/2008 sowie auf der Grundlage des Akkreditierungsstellengesetzes (AkkStelleG) aufgenommen.

Die rechtliche Unternehmensstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2019 nicht verändert. Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland (33,33 %), der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin ("BDI"; 33,33 %), sowie die Bundesländer Freistaat Bayern, Freie und Hansestadt Hamburg und Nordrhein-Westfalen (jeweils 11,11 %).

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegt in der Durchführung von Akkreditierungstätigkeiten im hoheitlichen Bereich. Hierfür wurde die DAkkS von der Bundesrepublik Deutschland beliehen (Verordnung über die Beleihung der Akkreditierungsstelle nach dem Akkreditierungsstellengesetz / AkkStelleG Beleihungsverordnung - AkkStelleGBV). Im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeit wendet die DAkkS deutsches Verwaltungsrecht an. Sie erhebt für ihre Amtshandlungen Gebühren. Die von den Konformitätsbewertungsstellen für die jeweilige Amtshandlung zu entrichtenden Gebühren ergaben sich für alle bis zum 30. Juni 2018 beantragten und angekündigten Akkreditierungsvorgänge aus der Kostenverordnung der Akkreditierungsstelle (AkkStelleKostV, BGBI. 2009 Teil I Nr. 81, S. 3964). Für alle seit dem 1. Juli 2018 beantragten Verfahren gilt für die Erhebung von Gebühren die Akkreditierungsstellengebührenverordnung (AkkStelleGebV, BGBI. 2017 Teil I Nr. 77, S. 3877).

Von einer Gebührenerhebung ausgenommen sind Tätigkeiten, die nicht unmittelbar mit einer konkreten Akkreditierungs- und/ oder Begutachtungstätigkeit einhergehen und durch Zuwendungen des Bundes gedeckt werden. Hier handelt es sich insbesondere um die Mitwirkung in europäischen und internationalen Gremien zur Konformitätsbewertung.

Im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 arbeitet die DAkkS nicht mit dem Ziel Gewinne an ihre Eigentümer auszuschütten.

Gemäß der AkkStelleGBV unterliegt die DAkkS der Aufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ("BMWi"). Zusätzlich obliegt fachlich betroffenen Bundesministerien für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Aufsicht über die DAkkS.

Laut Gesellschaftsvertrag ist die DAkkS des Weiteren berechtigt, auch andere Tätigkeiten außerhalb des Anwendungsbereichs des AkkStelleG auszuüben. Zu diesen Tätigkeiten gehören aktuell Akkreditierungstätigkeiten außerhalb des Geltungsbereiches der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 (sogenanntes Drittlandgeschäft), Informationsveranstaltungen für Ihre Kunden und die Zulassung von Prüfstellen im Bereich Bodenschutz für das Land Berlin.

Am Hauptsitz der Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH in Berlin sind ein Teil der Fachabteilungen, die Geschäftsleitung sowie die zentrale Verwaltung ansässig. Darüber hinaus werden Niederlassungen mit Fachabteilungen in Frankfurt/Main und Braunschweig unterhalten.

1.2 Wirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesetzlichen und normativen Anforderungen, deren Einhaltung und Beachtung im Rahmen der Akkreditierungstätigkeit der DAkkS geprüft werden, unterliegen einem steten Wandel. Mit der standardmäßigen Entfristung der Akkreditierungsverfahren werden für alle Bescheide und Urkunden seit dem 19. September 2018 nur noch unbefristete Akkreditierungen erteilt, insoweit keine anderen rechtlichen Anforderungen entgegenstehen.

Nach der letzten Neufassung des BGebG in 2013, zuletzt geändert am 10. März 2017, entsteht die Gebührenschuld stets erst zu dem Zeitpunkt, in dem die Erbringung der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung beendet ist. Dies hat zur Folge, dass Gebühren nicht jeweils nach den einzelnen Bearbeitungsschritten des Akkreditierungsverfahrens festgesetzt werden können, sondern eine einheitliche Gebührenfestsetzung nach dem Ende der vollständigen Leistungserbringung erfolgt.

Die DAkkS tritt bei ihrer hoheitlichen Tätigkeit somit in hohem Maße in Vorleistung, da sie bereits vor Beendigung des Verfahrens Zahlungsverpflichtungen gegenüber externen Beauftragten (System- und Fachbegutachtern sowie Fachexperten) eingeht. Zur Absicherung eines Zahlungsausfallrisikos greift die DAkkS daher auf Vorschusszahlungen zurück, die das BGebG und das AkkStelleG ausdrücklich zulassen.

1.3 Steuerungssystem

Die Steuerung der DAkkS obliegt der Geschäftsleitung und basiert auf einem umfassenden Reportingsystem, das Monatsabschlüsse, Quartalsabschlüsse und -berichte, regelmäßige Liquiditätsprognosen sowie anlassbezogene Auswertungen umfasst, und verschiedene Schlüsselkennzahlen sowie weitere unternehmensindividuelle Kenngrößen enthält.¹

Mit Einführung der neuen Gebührenverordnung (GebV) ist die für die DAkkS wesentliche Steuerungskennzahl der abrechenbare Grad der durch die Beschäftigten der DAkkS geleisteten Stunden. Gemäß der durch den Verordnungsgeber für die neue GebV vorgenommenen Kalkulation werden die Kosten und der Investitionsbedarf der DAkkS bei einem abrechenbaren Grad von 70% gedeckt, wenn die sonstigen zugrundeliegenden Prämissen in Bezug auf die verfügbaren Personalkapazitäten eingehalten werden. Die Auswertung dieser Kennzahl erfolgt sowohl abteilungsbezogen als auch aus Sicht des Unternehmens.

Weitere wesentliche betriebswirtschaftlichen Schlüsselkennzahlen sind die Akkreditierungsleistung (Umsatz zzgl. Bestandsveränderung), die zur unternehmens- und abteilungsbezogenen Leistungsbewertung dienende Kennzahl der DAkkS

 $\frac{Akkreditierungsleistung + sonstiger betrieblicher Ertrag der Fachabteilungen - Fremdleisutngen}{Personalkosten der Fachabteilungen + Zeitarbeit}$

die Betrachtung des Cashflows, des Liquiditätsgrades 3 sowie die Eigenkapitalquote.

Zu den weiteren unternehmensindividuellen Kennziffern zählen die Anzahl der Akkreditierungsanträge, der Bestand erteilter Akkreditierungen sowie der Krankenstand der Mitarbeiter.

-

¹ Die im DRS 20 explizit erwähnten Kennzahlen wie EBIT, Working Capital oder Umsatzrendite sind für die DAkkS als überwiegend nicht gewinnorientiertes Unternehmen mit hoheitlichem Auftrag nicht steuerungsrelevant und werden daher im Lagebericht nicht angesprochen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2019 durch ein sich verlangsamendes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Dies war insbesondere auf die sich zunehmend manifestierenden Unsicherheiten aufgrund der allgemein feststellbaren Entwicklung - weg von weltwirtschaftlich koperativ orientierten Ansätzen hin zu nationalstaatlich protektionistischen Ansätzen - zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2019 hat sich dementgegen jedoch ein stark gestiegener Auftragseingang bei der DAkkS bis zum Ablauf des Jahres spürbar bemerkbar gemacht, sodass das Geschäftsjahr mit einem deutlich positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden konnte. Ursächlich hierfür war neben einem zu Beginn des Jahres vorsichtigen Ausgabeverhaltens insbesondere, dass im Jahresverlauf zunehmend die Verfahren abgeschlossen wurden, die vor der Einführung der neuen GebV am 1. Juli 2018 beantragt oder angekündigt wurden. Hierdurch verringerte sich der Anteil der Verfahren, die nach einer zeitpunktabhängigen Pauschalbewertung bewertet wurden, erheblich gegenüber den Verfahren, für die eine aufwandsabhängige variable Bewertung nach den neuen Gebührensätzen für intern Beschäftigte und extern Beauftragte erfolgte. Dementsprechend hat sich im Jahresverlauf der Bestand an unfertigen Leistungen um insgesamt TEUR 8.979,8 erhöht.

Nach Abzug der Sachkosten und des Personalaufwands vom betrieblichen Rohertrag sowie Berücksichtigung des neutralen Aufwands und neutralen Ertrags ergibt sich ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 1.133,6 (Vorjahr: TEUR -1.406,9). Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf TEUR 1.143,6.

Aufgrund des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr i.H.v. TEUR 153,6 erhöht sich der Bilanzgewinn der DAkkS auf TEUR 1.297,0 zum 31. Dezember 2019. Die Ausstattung der Gesellschaft mit Eigenkapital hat sich dementsprechend verbessert.

Der Antragseingang in 2019 liegt mit insgesamt 3.094 Anträgen erheblich über der Zahl der Eingänge in 2018 (2.359 Anträge), welches hauptsächlich auf die stark gestiegene Anzahl der Anträge für Änderungen und Erweiterungen (+830 Anträge; 67,6%) zurückzuführen ist, während es gleichzeitig weniger Anträge für Reakkreditierungen (-115 Anträge; 13,4%) und 7,3% mehr Anträge für Erstakkreditierungen (+20 Anträge) gegeben hat. Die stark gestiegene Anzahl der Anträge für Änderungen und Erweiterungen resultiert insbesondere aus den Anträgen für die Umstellung auf die neue Fassung der DIN/ISO 17025. Diese Anträge wurden verstärkt in 2019, ein Jahr vor dem Ende des Umstellungszeitraumes gestellt.

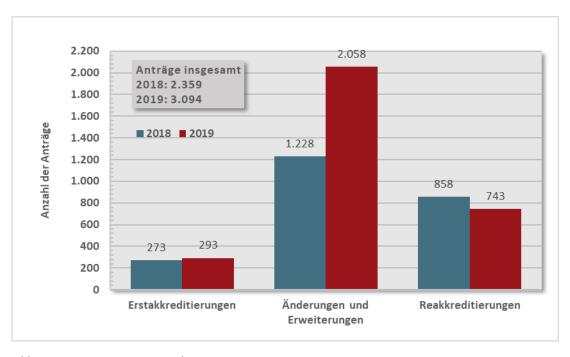


Abb.: Antragseingang 2018 und 2019

Im Rahmen ihrer Akkreditierungstätigkeit hat die DAkkS im Geschäftsjahr 2019 7.934 Begutachtungen durchgeführt, davon 6.486 Systembegutachtungen. Durch DAkkS-Mitarbeiter wurden 2.070 dieser Systembegutachtungen realisiert. Der Anteil selbst durchgeführter Systembegutachtungen liegt mit 31,9 % über Vorjahresniveau (27,8%), absolut mit 774 zusätzlichen Systembegutachtungen dar-über. Darüber hinaus wurden seitens der DAkkS 199 sonstige eigene Begutachtungen, Witness Audits und Fachbegutachtungen erbracht (2018: 251).

Im Jahr 2019 wurden 2.001 Akkreditierungen erteilt. Insgesamt waren das 86 Akkreditierungen mehr als im Vorjahr (+4%), wobei die Anzahl der erteilten Akkreditierungen nach Erstakkreditierungen (-9%) erneut gesunken ist, während die Anzahl der erteilten Akkreditierungen nach Reakkreditierungen um 2% und nach Änderungen und Erweiterungen um 10% gestiegen ist. In der folgenden Abbildung ist die Entwicklung der erteilten Akkreditierungen für die Jahre 2017, 2018 und 2019 dargestellt:

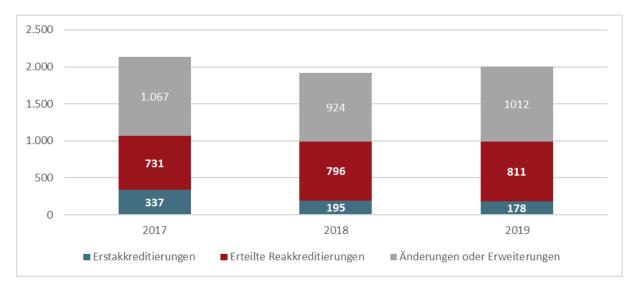


Abb.: Erteilte Akkreditierungen 2017, 2018 und 2019

Der Bestand an Akkreditierungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 53 Akkreditierungen erhöht. Diese Entwicklung ist auf die Zahl der erteilten Erstakkreditierungen zurückzuführen, welche über der Zahl der ausgesetzten, zurückgezogenen und beendeten Akkreditierungsverfahren liegt. Zum Ende des Jahres 2019 hat die DAkkS insgesamt 4.306 Akkreditierungen betreut.

Akkreditierungen im Bestand (Anzahl)	31.12.2019	31.12.2018
Prüflaboratorien	2.421	2.404
Anbieter von Eignungsprüfungen	24	23
Referenzmaterialhersteller	13	12
Medizinische Laboratorien	464	449
Kalibrierlaboratorien	501	493
Inspektionsstellen	271	269
Zertifizierungsstellen für Produkte	338	323
Zertifizierungsstellen Managementsysteme	203	207
Zertifizierungsstellen Personen	48	52
Verifizierungsstellen	23	21
Gesamtanzahl der Akkreditierungen	4.306	4.253

Tab.: Akkreditierungen im Bestand zum 31. Dezember 2019

Im Bereich der Prüfung der Einführung neuer Akkreditierungsprogramme war das Geschäftsjahr 2019 gekennzeichnet von einer personellen Neuausrichtung und der Konsolidierung der Arbeitsaufgaben.

Die Programmprüfung im Bereich Datenschutz wurde weiter vorangetrieben. Weitere fachliche Schwerpunkte der vielfältigen Anträge lagen in den Bereichen Informationssicherheit und Informationstechnik, Nachhaltigkeit, Gesundheitswesen und Lebensmittelsicherheit. Die Programme unter der Norm für Produktzertifizierung DIN EN ISO/IEC 17065 bilden dabei den größten Teil der Anträge.

Ergebnisse der EA-Evaluierung 2018 und 2019

Im September 2018 und Januar 2019 war die DAkkS zum wiederholten Mal seit ihrer Gründung Ende 2009 Gegenstand einer Evaluierung durch ein Team der European co-operation for Accreditation (EA). Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit der Evaluatoren musste die Vor-Ort Evaluierung auf zwei Termine aufgeteilt werden. Im Ergebnis dieser Evaluierung bestätigt das EA-Team die Erfüllung der relevanten Anforderungen und empfiehlt den Verbleib der DAkkS als Unterzeichner der gegenseitigen Anerkennungsvereinbarungen. Allerdings wurden insgesamt 10 "Non-Conformities" und 22 "Concerns" festgestellt. In der Nachbereitung der Evaluierung mussten diese Feststellungen durch entsprechende Korrekturmaßnahmen behoben werden. Schwerpunkte der Feststellungen bezogen sich insbesondere auf folgende Aspekte der Tätigkeit der DAkkS:

- Einführung der revidierten Norm EN ISO/IEC 17011:2017
- Planung einzelner Begutachtungen sowie eines Akkreditierungszyklus
- Unparteilichkeit der DAkkS
- Dokumentation der Begutachtungstätigkeiten
- Verbesserungen im Managementsystem

In der Nachbereitung der Evaluierung konnten durch entsprechende Maßnahmen der DAkkS der Großteil der Feststellungen zur Zufriedenheit der Evaluatoren korrigiert werden.

Zwei "Non-Conformities" zur Unparteilichkeit der DAkkS waren ursächlich mit der Wahrnehmung der Aufsicht über die DAkkS durch die Bundesministerien verknüpft. Zwei Ministerien übertrugen ihre Aufsichtsfunktion über die DAkkS an nachgeordnete Behörden. Einzelne Organisationseinheiten dieser nachgeordneten Behörden sind als Konformitätsbewertungsstelle durch die DAkkS akkreditiert. Der Umstand, dass akkreditierte Stellen ihrerseits die Aufsicht über die DAkkS wahrnehmen, wurde als Abweichung gegen die Unparteilichkeitsanforderungen der EN ISO/IEC 17011:2017 gewertet. In der zweiten Feststellung zur Unparteilichkeit ging es um die Art der Ausübung der Aufsicht, mit der die aufsichtführende Konformitätsbewertungsstelle auch die Entscheidung über die Akkreditierung beeinflussen könnte.

Da die beiden Feststellungen in der Ausübung der Aufsicht begründet waren, wurden diese an die aufsichtführenden Ministerien zur Festlegung geeigneter Korrekturmaßnahmen adressiert. Die DAkkS selbst war bezüglich ihrer Entscheidungsbefugnisse und -spielräume nicht in der Lage, die Feststellungen durch entsprechende Korrekturmaßnahmen abzustellen.

Bis zur Sitzung des EA-MAC, die vom 2. bis 3. Oktober 2019 in Vilnius stattfand, konnten die offenen Feststellungen nicht korrigiert werden. Die bis dahin vorliegenden Vorschläge für Korrekturmaßnahmen wurden nicht anerkannt. Das EA-MAC entschied auf seiner Sitzung, dass es sich bei den Feststellungen um berechtige Non-Conformities handelt und forderte die DAkkS auf, bis zum 31. Dezember 2019 entsprechende Nachweise zu geeigneten Korrekturmaßnahmen vorzulegen. Vor der Zusendung der Maßnahmen an EA müsse der Beirat der DAkkS die Maßnahmen als geeignet bewertet haben, die bestehenden Risiken für die Unparteilichkeit abzuwenden. Über die Akzeptanz dieser Maßnahmen würde das EA-MAC im Nachgang der Vorlage der Korrekturmaßnahmen entscheiden. Käme die DAkkS dieser Aufforderung nicht nach, wäre damit unmittelbar die Suspendierung der DAkkS aus den multilateralen Anerkennungsvereinbarungen von EA verbunden.

Um die drohende Suspendierung aus den EA-MLA mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen für Deutschland zu vermeiden, haben sich die beiden Ministerien dazu entschieden, die Aufsicht über die DAkkS von den nachgeordneten Behörden in die zuständigen Ministerien zurück zu übertragen. Des Weiteren erklärten die Ministerien, die Aufsicht so wahrzunehmen, dass weder auf einzelne Akkreditierungsverfahren noch auf Akkreditierungsentscheidungen Einfluss genommen wird.

Der Beirat der DAkkS bestätigte auf seiner Sondersitzung im Dezember 2019 die Eignung der getroffenen Maßnahmen. Die Korrekturmaßnahmen sowie die Bewertung des Beirates wurden fristgerecht seitens der DAkkS an das EA-MAC eingereicht.

Im Nachgang der Zusendung der Korrekturmaßnahmen wurde durch das EA-MAC entschieden, die beiden Feststellungen zur Unparteilichkeit zu schließen. Somit konnte die drohende Suspendierung der DAkkS erfolgreich abgewendet werden.

2.2 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umcata und Ergobnicontwicklung	2019	2018	Ve	eränderung
Umsatz- und Ergebnisentwicklung		2018	abs.	rel.
Umsatzerlöse aus Akkreditierungstätigkeit	32.335	30.098	2.237	7%
Bestandsveränderungen	8.980	-472	9.452	2003%
sonstige betriebliche Erträge	2.344	1.808	536	30%
Materialaufwand & Fremdleistungen	-23.017	-14.862	-8.155	55%
Personalaufwand	-14.605	-13.333	-1.273	10%
Abschreibungen	-388	-438	51	-12%
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.478	-4.150	-328	8%
Finanzergebnis	-37	-57	20	-35%
Ergebnis vor Steuern	1.134	-1.407	2.541	181%
Steuern	10	13	3	22%
Jahresergebnis	1.143	-1.394	2.538	182%

Tab.: Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Akkreditierungsleistung hat sich aufgrund der Einführung der neuen GebV sowie der damit verbundenen Anpassung der Methodik der Vorratsbewertung um insgesamt 40% von TEUR 29.626 auf TEUR 41.315 erhöht. Ursächlich hierfür sind insbesondere die um 55% erhöhten Aufwendungen für die Fremdleistungen, welche von TEUR 14.862 auf TEUR 23.018 gestiegen sind. In den Umsatzerlösen aus Akkreditierungstätigkeit sind auch die Zuwendungen des Bundes für Gremientätigkeit in Höhe von TEUR 1.159,8² enthalten, welche gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.307,3) gesunken sind.

Die durch die Weiterberechnung der Leistungen großer "Befugniserteilender Behörden" erbrachten Periodenfremden Erträge i.H.v. TEUR 1.326,8 als wesentlicher Bestandteil der sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 979) um 39% erhöht.

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH, Berlin

² Die Zuwendungen für das Jahr 2019 betrugen insgesamt TEUR 1.400. Es wurde eine Rückstellung für Rückzahlungen i.H.v. TEUR 198,3 sowie für die Prüfung des BAFA i.H.v. TEUR 41,9 gebildet.

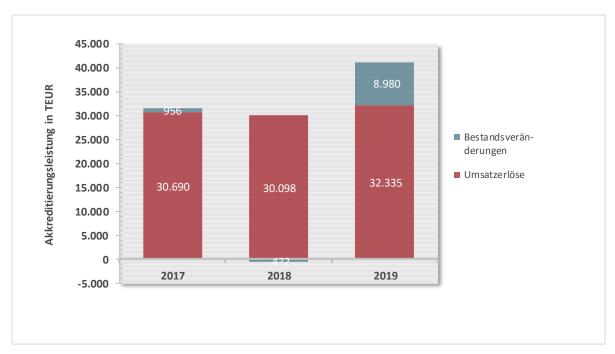


Abb.: Akkreditierungsleistung 2017 bis 2019

Für das Berichtsjahr wird eine positive Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen von TEUR 8.979,8 (Vorjahr: TEUR -471,9) ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (ohne periodenfremde Erträge) in Höhe von TEUR 636,1 (Vorjahr: TEUR 774,0) sind leicht gesunken. Diese resultieren insbesondere aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und der Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen i.H.v. TEUR 427,6. Rückstellungen wurden i.H.v. TEUR 130,5 ertragswirksam aufgelöst.

Die Gesamtleistung als Summe aus Umsatz, in Arbeit befindlichen Aufträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen (ohne periodenfremde Erträge) ist um 38% auf TEUR 41.951,3 gestiegen (Vorjahr: TEUR 30.399,7).

Um sich Flexibilität zu erhalten und über die nötige Fachexpertise verfügen zu können, hält die DAkkS nicht für die gesamten Begutachtertätigkeiten eigene Personalkapazitäten vor. Sie greift daher vor allem für Fachbegutachtungen auf externe Begutachter und Experten zurück. Die Aufwendungen für diese extern bezogenen Leistungen (Fremdleistungen) stellen die größte Kostenposition der Gesellschaft dar. Die Ausgaben hierfür lagen in 2019 bei TEUR 23.017,9 gegenüber TEUR 14.862,4 im Vorjahr und haben sich somit im Vergleich zur Akkreditierungsleistung stärker - um 55 % - erhöht.

Die Personalaufwendungen in 2019 beliefen sich auf TEUR 14.605,4 (Vorjahr: TEUR 13.332,6). In Summe stiegen die Aufwendungen für eigenes Personal im Vergleich zum Vorjahr damit um 10 %. Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf die Tariferhöhung 2019, planmäßige Höherstufungen und Höhergruppierungen gemäß einer Gesamtbetriebsvereinbarung sowie auf einige Neueinstellungen während des Geschäftsjahres 2019 über alle Abteilungen hinweg.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden Investitionen vor allem in die IT-Hardware; Netzwerkinstallation und IT-Software getätigt. Die Abschreibungen sinken leicht (-12%).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr mit einer Erhöhung um ca. TEUR 328,1 nahezu konstant geblieben.

Die DAkkS-Kennzahl zur Leistungsbewertung hat sich im Geschäftsjahr für die operativen Abteilungen positiv entwickelt und liegt nunmehr bei 1,77 (Vorjahr: 1,47). Auf das gesamte Unternehmen bezogen beträgt die Kennzahl 1,29 und liegt damit ebenfalls über dem Wert des Vorjahres (Vorjahr: 1,16).

2.3 Vermögens- und Finanzlage

Zum Abschlussstichtag am 31. Dezember 2019 stellt sich die Bilanz der DAkkS wie folgt dar:

Vormägenslage	31.12.2019	31.12.2018	Veränderu	ng
Vermögenslage			abs.	rel.
Vermögensgegenstände (VG)				
Sachanlagen und immaterielle VG	1.054	1.117	-63	-6%
Vorräte	20.184	11.205	8.980	80%
Forderungen und sonstige VG	5.034	3.569	1.466	41%
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.465	7.424	-959	-13%
Rechnungsabgrenzungsposten	82	138	-56	-41%
Eigenkapital und Verbindlichkeiten				
Eigenkapital	3.634	2.490	1.143	46%
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	127	138	-11	-8%
Rückstellungen	7.438	4.315	3.123	72%
Verbindlichkeiten	21.621	16.509	5.112	31%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0%
Bilanzsumme	32.820	23.452	9.368	40%

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Abschlussstichtag des Vorjahres um TEUR 9.367,6 auf nunmehr TEUR 32.819,5 gestiegen, wobei die Erhöhung insbesondere auf die Erhöhung der Vorräte im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 8.979,8 zurückzuführen ist.

Die in den Verbindlichkeiten ausgewiesenen erhaltenen Anzahlungen sind demnach zum Abschlussstichtag gestiegen auf TEUR 16.992,9 (Vorjahr: TEUR 13.474,6).

Die Rückstellungen liegen mit TEUR 7.438,1 über dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: TEUR 4.314,8). Der größte Posten hierbei ist die Rückstellung für ausstehende Begutachterrechnungen mit TEUR 2.885,6. Die Rückstellungen liegen weit über dem Wert des Vorjahres (TEUR 2.428,1). Dies ist auf die veränderten Abrechnungsmodalitäten nach der neuen Gebührenverordnung zurückzuführen. Der zweitgrößte Posten ist die Rückstellung für die Anschubfinanzierung. Diese liegt wie im Vorjahr bei TEUR 2.477,8. Die Rückstellungen für Prozesskosten wurden erhöht (+ TEUR 281,6), ebenso die sonstigen Rückstellungen (+ TEUR 319,8). Die Rückstellungen für Überstunden und Urlaub sind leicht gestiegen (+ TEUR 72,9). Dies erklärt sich u.a. durch eine höhere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Eigenkapitalquote verbessert sich im Vergleich zum 31. Dezember des Vorjahres auf 11,1% (Vorjahr: 10,6%). Dies ist auf den im Jahr 2019 erwirtschafteten Bilanzgewinn zurückzuführen.

Die Liquiditätsposition der DAkkS i.H.v. TEUR 6.464,9 zum 31. Dezember 2019 liegt leicht unter dem Wert des Vorjahres (Vorjahr: TEUR 7.423,9). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt ca. TEUR -638.

Die Cashflows der DAkkS stellen sich im Berichtszeitraum wie folgt dar:

Cashflow	31.12. 2019			eränderung	
Casillow	31.12. 2019	2019 31.12.2016	abs.	rel.	
aus laufender Geschäftstätigkeit	-638	3.382	-4.020	n.a.	
aus Investitionstätigkeit	-321	-300	-21	7%	
aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	n.a.	
Zunahme (Abnahme) des Finanzmittelfonds	-959	3.082	-4.041	n.a.	

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist deutlich geringer als im Vorjahr, der allerdings auch außergewöhnlich hoch ausfiel. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert aus Ausgaben für Investitionen, vorrangig in die IT-Systeme der Gesellschaft und den weiteren Ausbau des Standortes in Berlin. Die Investitionstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr nur leicht gestiegen. Cashflows aus Finanzierungstätigkeit waren im Berichtsjahr 2019 nicht zu verzeichnen.

Die für die Steuerung der DAkkS maßgebliche Liquidität 3. Grades hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahres von 148% auf 164% verbessert. So ist im Gegensatz zum Vorjahr zwar die Barliquidität gesunken, die Vorräte hingegen stark gestiegen, so dass es zu einer leicht positiven Veränderung bei der Liquidität 3. Grades kam.

2.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Lage der DAkkS hat sich zum Ende des Geschäftsjahres 2019 im Vergleich zum Ende des Vorjahres verbessert. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2019 ein positives Jahresergebnis erzielt. Dieses ist insbesondere auf das Erreichen des Abrechnungsgrades, der durch die Beschäftigten der DAkkS geleisteten Stunden (entsprechend der Kalkulation für die neue GebV) sowie auf ein reduziertes Investitions- und Ausgabenverhalten zurückzuführen ist. Dementsprechend konnte zusätzliches Eigenkapital aufgebaut und die Eigenkapitalquote verbessert werden. Die Liquiditätssituation der DAkkS konnte durch die Nutzung der Möglichkeiten zur Ziehung von Vorschusszahlungen nachhaltig verbessert werden.

3 Weitere ergebnisrelevante Faktoren

3.1 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2019 beschäftigte die DAkkS 206 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche 191,44 Vollzeitäquivalenten entsprechen (Vorjahr: 175,14 Vollzeitäquivalente).

Gehaltserhöhungen erfolgen seit dem 1. Januar 2013 gemäß einer Gesamtbetriebsvereinbarung auf Basis der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes (TVÖD Bund). Somit erhöhten sich die Gehälter zum 1. April 2019 um durchschnittlich 3,09%.

Die DAkkS verfolgt das Ziel der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Der Anteil weiblicher Beschäftigter liegt in der DAkkS bei über 50 % sowie bei den außertariflich vergüteten Führungskräften bei 43%. Diversitäten wurden bisher nicht angezeigt. Die DAkkS unterstützt die Eingliederung schwerbehinderter Menschen.

Der durchschnittliche Krankenstand ist in 2019 im Vergleich zum Vorjahr auf 6,8 % gestiegen (Vorjahr: 5,7 %).

4 Prognose der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

4.1 Prognose

Die DAkkS geht für das Geschäftsjahr 2020 von den im Kapitel 2.1 genannten wirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen aus. Aufgrund der in 2019 bereits gestellten sowie für 2020 noch erwarteten zahlreichen Anträge für die Umstellung auf die neue Fassung der DIN/ISO 17025 ist die Grundlage vorhanden, um in 2020 die positive Entwicklung im Ergebnis grundsätzlich fortführen zu können.

Allerdings ist davon auszugehen, dass die durch die SARS-CoV-2-Pandemie verursachten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auch Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der DAkkS haben werden.

Das Geschäftsmodell der DAkkS beruht im Wesentlichen auf der Durchführung von Begutachtungen, als Grundlage für die Entscheidung über die Kompetenz der Konformitätsbewertungsstellen in den Bereichen für die sie akkreditiert sind. Die Begutachtungsleistungen durch Beschäftigte und Beauftragte waren bisher zum größten Teil vor Ort direkt bei den Konformitätsbewertungsstellen zu erbringen. Insoweit die DAkkS aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Pandemie längerfristig nicht mehr in der Lage wäre, diese Begutachtungen durchzuführen, wäre die Geschäftstätigkeit der DAkkS stark eingeschränkt und ihr wirtschaftlicher Erfolg gefährdet. Dieser hängt wesentlich von der Möglichkeit ab, statt der Vor-Ort-Begutachtungen alternative Begutachtungsmethoden einsetzen zu können. Seitens der DAkkS wurden hierfür alle notwendigen regulatorischen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Mit fortschreitender Dauer der wirtschaftlichen Beschränkungen ist davon auszugehen, dass es bei einem Teil der Kunden der DAkkS zu Einnahmenausfällen kommen wird. In der Folge erwartet die DAkkS einen leichten Rückgang der Akkreditierungstätigkeit im Bestandsgeschäft für den hoheitlichen Bereich. Darüber hinaus ist absehbar, dass das Neugeschäft aus Änderungen und Erstakkreditierungen stärker zurückgehen wird. Die Rückgänge im Drittlandgeschäft werden aufgrund der Beschränkungen im internationalen Reiseverkehr ebenfalls erheblich sein. Hier kann es zu einem nachhaltigen Verlust von Geschäftsanteilen kommen, sollte es nicht gelingen, auch hier auf alternative Begutachtungsmethoden auszuweichen.

Mit dem Wechsel von Vor-Ort-Begutachtungen auf alternative Begutachtungsmethoden ist der Wegfall der Honorare für Reisezeiten, insbesondere für die extern Beauftragten der DAkkS verbunden. In der Folge wird sich trotz der großen Anzahl von noch abzuarbeitenden Anträgen für die Umstellung auf die neue Fassung der DIN/ISO 17025, die für 2019 aufgrund der neuen Gebührenverordnung bei nahezu gleichbleibendem Bestandsgeschäft prognostizierte und entsprechend eingetretene deutliche Steigerung der Akkreditierungsleistung in 2020 nicht fortsetzen. Da es sich bei den Honoraren für Reisezeiten im Wesentlichen um Auslagen handelt, wird sich dies nur im geringen Umfang auf das Ergebnis der DAkkS auswirken, jedoch direkt zu einer Entlastung der Konformitätsbewertungsstellen führen.

Entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg der DAkkS wird das Erreichen der im Rahmen der Businessplanung für 2020 kalkulierten abrechenbaren Stunden durch die Beschäftigten der DAkkS sein. Hierbei wird die Einführung des harmonisierten Akkreditierungsprozesses zum 15. Februar 2020 und in diesem Zusammenhang die Ergänzung der vorhandenen Steuerungsinstrumente um prozessbezogene Kennzahlen zum Monitoring der Prozesstreue, der Fristeneinhaltung und der Wirtschaftlichkeit wesentlich beitragen. Im Gegenzug steht zu erwarten, dass während der Phase, in der auch die Beschäftigten der DAkkS im Homeoffice arbeiten müssen, der Grad an abrechenbaren Stunden unter den kalkulierten Wert sinken wird.

Aus Sicht der Geschäftsführung ist die DAkkS unter den bestehenden Rahmenbedingungen zumindest für die nächsten 3 Monate weitestgehend arbeitsfähig und kann ihrem hoheitlichen Auftrag weiterhin erfüllen. Für den Fall, dass die durch die SARS-CoV-2-Pandemie verursachten Einnahmenausfälle durch die DAkkS nicht getragen werden können, besteht für die DAkkS die Möglichkeit die Freistellungserklärung³ des Bundes in Anspruch zu nehmen. Zudem steht die DAkkS mit ihren Aufsichtsbehörden in engem Kontakt, um sich jederzeit mit ihnen über einen ggf. darüber hinausgehenden Liquiditätsbedarf abzustimmen.

Für das Geschäftsjahr 2020 sind umfangreiche Investitionen geplant. Schwerpunkt ist hier nach wie vor die IT-Landschaft (EDV-Hard- und Software) der DAkkS. Hauptsächlich ergibt sich die Notwendigkeit dieser Investitionen aus der weiteren Intensivierung der IT-Unterstützung der Geschäftsprozesse. Darüber hinaus sind Investitionen für die Einrichtung und Ausstattung der zusätzlich am Standort Berlin angemieteten Flächen geplant.

Die Eigenkapitalquote wird sich aufgrund der trotz allem erwarteten positiven Geschäftsentwicklung leicht verbessern.

³ Die Freistellungserklärung wurde am 29. Januar 2020 aktualisiert und gilt bis zum 31. Dezember 2021. Die Obergrenze einer möglichen Inanspruchnahme liegt bei 4 Mio. Euro.

4.2 Chancen und Risiken

In ihrer unternehmerischen Tätigkeit als privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft mit hoheitlichen Aufgaben unterliegt die DAkkS verschiedenen Risiken. Gleichwohl ergeben sich aber auch Chancen. Beides hat Auswirkungen auf die prognostizierte Entwicklung und kann Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nehmen. Im Folgenden werden die wesentlichen Einzelrisiken und -chancen erläutert, die für die DAkkS identifiziert wurden. Sofern geschäftliche Einzelrisiken planmäßig eingegangen werden, sind diese regelmäßig auch Ausdruck der Wahrnehmung geschäftlicher Chancen.

4.2.1 Umfeld- und Branchenchancen sowie -risiken

Gemäß Art. 11 VO (EG) Nr. 765/2008 muss die nationale Akkreditierungsstelle die Kriterien der jeweilig harmonisierten Norm (EN ISO/IEC 17011), deren Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden ist, unter Beweis stellen. Dazu muss sich die Akkreditierungsstelle regelmäßig einer Beurteilung unter Gleichrangigen gemäß Art. 10 VO (EG) Nr. 765/2008 unterziehen, um die Konformitätsvermutungswirkung nach Art. 8 VO (EG) Nr. 765/2008 aufrechtzuerhalten. Für die Akkreditierungsstelle sind mithin die Anforderungen der VO (EG) Nr. 765/2008 und der EN ISO/IEC 17011:2017 zwingend einzuhalten, da diese harmonisierten technischen Normen Teil des Unionsrechts sind. Nationale Gerichte und Behörden wenden diese Normen deshalb unter Wahrung der Auslegungskompetenz des EuGH unmittelbar an (vgl. Rs. C-613/14 - James Elliott Construction, ECLI:EU:C:2016:821).

Sofern die DAkkS die Anforderungen der VO (EG) Nr. 765/2008 einhält und die Beurteilung unter Gleichrangigen gemäß Art. 10 VO (EG) Nr. 765/2008 besteht, erfüllt sie die gesetzlichen Anforderungen nach § 6 i.V.m. § 10 AkkStelleG i.V.m. der Verordnung über die Beleihung der Akkreditierungsstelle nach dem Akkreditierungsstellengesetz (AkkStelleGBV), sodass ein Entzug der Beleihung und damit der Verlust jeder Geschäftsgrundlage nicht zu erwarten ist.

Daraus ergeben sich einerseits relativ sichere Einnahmen, allerdings auch die große Verantwortung, den Bedarf an Akkreditierungen zeit- und qualitätsgerecht zu erfüllen und die europäischen und internationalen Anforderungen an Akkreditierungsstellen voll zu erfüllen.

Die Evaluierung durch EA aus 2018/2019 ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Im Frühjahr 2020 sowie im Herbst 2020 ist noch je ein Fortschrittsbericht zur Umstellung des Managementsystems der DAkkS auf die neue Norm EN ISO/IEC 17011:2017 vorzulegen, um die letzte offene Abweichung zu schließen. Die DAkkS geht davon aus, dass die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig durch alle Beteiligten abgeschlossen werden, um mit der Vorlage der Fortschrittsberichte die DAkkS Evaluierung 2018/2019 positiv abzuschließen.

In der Gebührenfestsetzung für ihre diesbezüglichen Leistungen ist die DAkkS nicht frei, sondern an entsprechendes Gebührenrecht gebunden. Damit sind Handlungs- und Reaktionsspielräume auf der Ertragsseite eingeschränkt.

4.2.2 Leistungswirtschaftliche Chancen und Risiken

Die DAkkS benötigt umfassend und gut ausgebildetes Personal aus verschiedenen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen und einen qualifizierten Begutachterpool, um allen qualitativen und fachlichen Anforderungen an ihre Akkreditierungstätigkeit gerecht zu werden. Die Erschließung ausreichender Personalressourcen stellt eine permanente Herausforderung dar. Insbesondere im Bereich der IT und IT-Sicherheit stellt die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeitern in der aktuellen Arbeitsmarktsituation ein großes Problem dar. Andererseits ist eben dieser hohe Qualifikationsgrad der Mitarbeiter/innen der DAkkS sowie die breite Aufstellung über viele Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche im Verbund mit der Arbeit der Begutachter Garant für eine nachhaltige und stetig effizientere Arbeit der DAkkS. Ebenfalls wird der DAkkS hierdurch die Erschließung immer neuer Akkreditierungsbereiche ermöglicht. Mit Einführung der neuen Gebührenverordnung haben sich aus Sicht der DAkkS die Rahmenbedingungen zur Verbreiterung der Basis an externen Begutachtern und Fachexperten verbessert.

4.2.3 Finanzwirtschaftliche und rechtliche Chancen und Risiken

In einem in 2019 gegen die DAkkS geführten Gerichtsverfahren hatte die DAkkS die Akkreditierung einer Zertifizierungsstelle für Managementsysteme für einen Teil des Geltungsbereichs ausgesetzt und die Aussetzung für sofort vollziehbar erklärt. Die Zertifizierungsstelle führte sog. Verbundzertifizierungen durch und verstieß damit gegen die Anforderungen aus der DIN EN ISO/IEC 17021-1. Dieser schwerwiegende Verstoß wurde im Rahmen einer außerordentlichen Überwachung festgestellt. Gegen die sofort vollziehbare Aussetzung ihrer Akkreditierung ging die Zertifizierungsstelle im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes vor. In der ersten Instanz hatte die DAkkS im dazu anhängigen Gerichtsverfahren Erfolg. In der zweiten Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht kam es nicht mehr zu einer Entscheidung in der Sache, weil zwischenzeitlich die Zertifizierungsstelle ihre regelwidrige Praxis eingestellt hatte. Die erstinstanzliche Entscheidung hatte Signalwirkung für zahlreiche Akkreditierungsverfahren, in denen ähnliche Verstöße festgestellt wurden.

Der Großteil der derzeit anhängigen Klageverfahren befasst sich noch mit der Anwendung der "alten" Kostenverordnung der DAkkS. Die DAkkS ist bemüht, die noch anhängigen Gerichtsverfahren zur Anwendung der "alten" Kostenverordnung durch entsprechende Vergleichsangebote zu beenden. Außerdem sind – neben den Gerichtsverfahren – nach wie vor noch Widerspruchsverfahren anhängig, deren Gegenstand die Anwendung der "alten" Kostenverordnung ist.

Da weiterhin Gebührenbescheide auf Basis der "alten" Kostenverordnung ergehen, ist davon auszugehen, dass weitere Widerspruchsverfahren hinzukommen. Hieraus können wiederum neue Klageverfahren entstehen. Es ist damit zu rechnen, dass ein großer Teil der Widersprüche zumindest teilweise erfolgreich sein wird.

Denn für die "alte" Kostenverordnung bestehen in mehrfacher Hinsicht rechtliche Risiken, die das zuständige Verwaltungsgericht bereits aufgezeigt hat und wahrscheinlich zur Grundlage weiterer für die DAkkS nachteiliger Entscheidungen machen wird, sollte es zu weiteren Klageverfahren mit Bezug auf die "alte" Kostenverordnung kommen.

Für die Abrechnung der Akkreditierungsleistungen der DAkkS ist am 1. Juli 2018 eine neue Gebührenverordnung in Kraft getreten.

Die Kalkulation, der in der neuen Gebührenverordnung erstmalig seit dem Gründungsjahr der DAkkS 2010 angepassten Gebühren, erfolgte unter der Prämisse, dass mit diesen die bis Ende 2019 prognostizierten Kosten und notwendigen Investitionen zur Sicherstellung des Geschäftsbetriebs der DAkkS gedeckt sind. Voraussetzung hierfür ist, dass ein abrechenbarer Grad der verfügbaren Soll-Arbeitszeit der operativen Abteilungen von 70% nach Gremientätigkeit und Abwesenheiten (u.a. Urlaub, Krankheit) eingehalten wird.

Im Oktober 2019 wurde gemeinsam mit dem Verordnungsgeber eine Evaluierung der Höhe der Gebührensätze vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurde der DAkkS mitgeteilt, dass eine Anpassung des Gebührensatzes im Rahmen der Erstellung der Besonderen Gebührenverordnung für das BMWi zum 1. Oktober 2021 möglich wäre.

Da die DAkkS auch über 2020 hinaus mit dem ursprünglich für zwei Jahre bis Ende 2019 kalkulierten Gebührensatz auskommen muss, können die vor allem inflationsbedingten Kostensteigerungen nur durch einen Aufwuchs der Gesamtkapazität kompensiert werden. Dieser notwendige Aufwuchs deckt sich aktuell noch mit dem zusätzlich benötigten Personalbedarf zur Abarbeitung des vorhandenen Neu- und Bestandgeschäfts. Zudem bemüht sich die DAkkS in Akkreditierungsbereichen mit vielen Begutachtungen verstärkt, eigene Begutachter anstatt extern Beauftragter einzusetzen und entsprechend qualifiziertes Personal einzustellen. Letztlich sind diesem Aufwuchs jedoch auch Grenzen gesetzt, insbesondere dann, wenn aus der Programmprüfung nur in geringem Umfang Tätigkeiten in neuen Akkreditierungsbereichen resultieren. Dementsprechend ist zukünftig eine kontinuierliche Erhöhung des Gebührensatzes zur Deckung der Kosten sowie der zur Weiterentwicklung der DAkkS benötigten Investitionen erforderlich.

Durch die Nutzung der mit der Änderung des AkkStelleG am 7. Juli 2017 verbundenen Möglichkeiten zur Erhebung von Vorschüssen auch bei nicht antragsgebundenen Tätigkeiten seit April 2018, konnte die DAkkS ihre Liquiditätssituation erheblich verbessern. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund positiv hervorzuheben, dass die DAkkS keine anderen Möglichkeiten zur Refinanzierung ihrer bereits vorab zu erbringenden Akkreditierungsleistungen nutzen kann. Die Prognose bis 31. Dezember 2020 ergibt voraussichtlich eine positive Barliquidität.

In Abhängigkeit von der Entwicklung der Liquiditätskennzahlen und der Eigenkapitalquote plant die DAkkS, die zu ihrer Gründung geleistete Anschubfinanzierung im Rahmen einer verbindlichen Auszahlungsplanung an die Gesellschafter BDI und Bund zurückzuzahlen. Insoweit die Voraussetzungen

hierfür vorhanden sind, ist für 2020 neben der Rückzahlung des für 2019 vorgesehenen Betrages eine weitere Teilrückzahlung an den BDI und an das BMWI geplant.

Berlin, 14. April 2020

Dr. Stephan Finke, Geschäftsführer

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, Berlin

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten geleistete Anzahlungen	412.632,00 125.012,18	537.644,18	569.637,00 <u>47.415,00</u> 617.052,00
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		516.517,49	499.773,33
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
in Arbeit befindliche Aufträge		20.184.383,64	11.204.611,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sonstige Vermögensgegenstände	3.627.027,40 1.407.342,49	5.034.369,89	2.501.401,60 1.067.302,35 3.568.703,95
 davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 269.676,02 (EUR 269.668,14) 			
III. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		6.464.932,03	7.423.900,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten		81.634,21	137.876,01
		32.819.481,44 ————	23.451.917,13

BILANZ zum 31. Dezember 2019

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, Berlin

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		37.500,00	37.500,00
II. Kapitalrücklage		2.299.013,97	2.299.013,97
III. Bilanzgewinn - davon Gewinnvortrag EUR 153.621,37 (EUR 1.548.058,10)		1.296.973,18	153.621,37
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		127.102,70	137.888,70
C. Rückstellungen			
 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sonstige Rückstellungen 	253.503,68 <u>7.184.568,77</u>	7.438.072,45	228.559,77 4.086.221,93 4.314.781,70
D. Verbindlichkeiten			
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.571,44 (EUR 0,00) 	1.571,44		0,00
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 16.992.889,50	16.992.889,50		13.474.561,27
(EUR 13.474.561,27) 3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.821.997,57	3.821.997,57		2.369.169,04
(EUR 2.369.169,04) 4. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern EUR 583.238,46	<u>804.360,63</u>	21.620.819,14	665.381,08 16.509.111,39
(EUR 457.235,64)			
Übertrag		32.819.481,44	23.451.917,13

BILANZ zum 31. Dezember 2019

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, Berlin

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		32.819.481,44	23.451.917,13
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 804.360,63 (EUR 665.381,08)			
		32.819.481,44	23.451.917,13

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, Berlin

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		32.334.879,22	30.097.639,90
Erhöhung des Bestands in Arbeit befindlicher Aufträge		<u>8.979.772,60</u>	471.945 <u>,</u> 52-
3. Gesamtleistung		41.314.651,82	29.625.694,38
4. sonstige betriebliche			
Erträge			
 a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlage- 			
vermögens und aus Zuschrei-			
bungen zu Gegenständen des			
Anlagevermögens	571,42		833,06
b) Erträge aus der Herabsetzung			
der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	0,00		5.339,70
c) Erträge aus der Auflösung	0,00		5.559,70
von Rückstellungen	130.495,64		316.290,51
d) Erträge aus der Auflösung	,		,
von Sonderposten mit			
Rücklageanteil	10.786,00		10.847,00
e) übrige sonstige betriebliche	0.000.044.00		4 474 440 00
Erträge	2.202.344,69	2.344.197,75	<u>1.474.442,83</u> 1.807.753,10
- davon Erträge aus		2.344.191,15	1.607.755,10
der Währungsumrechnung			
EUR 3,96 (EUR 840,85)			
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-,			
Hilfs- und Betriebsstoffe			
und für bezogene Waren	736,32-		20,00-
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	23.017.911,00		14.862.405,68
Leistungen	<u>23.017.911,00</u>	23.017.174,68	14.862.385,68
		20.0171174,00	11.002.000,00
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	12.077.594,99		11.065.156,62
b) soziale Abgaben und			
Aufwendungen für Altersversorgung und			
für Unterstützung	2.527.778,47		2.267.490,40
Tur Officialazurig	2.021.110,41	14.605.373,46	13.332.647,02
- davon für Altersversorgung			
EUR 255.920,78			
(EUR 271.705,39)			
ertrag		6.036.301,43	3.238.414,78
an uay		0.030.301,43	3.230.414,70

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, Berlin

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		6.036.301,43	3.238.414,78
 Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen 		387.552,99	438.298,52
8. sonstige betriebliche			
Aufwendungen a) Raumkosten	1.111.521,11		1.151.036,21
b) Versicherungen, Beiträge			,
und Abgaben c) Reparaturen und	64.488,51		72.939,16
Instandhaltungen	391.828,60		364.916,14
d) Fahrzeugkosten	15.864,37		15.387,05
e) Werbe- und Reisekosten	204.214,03		278.352,76
f) Kosten der Warenabgabeg) verschiedene betriebliche	28.107,37		30.840,81
Kosten	804.970,37		529.376,07
h) Verluste aus dem Abgang			
von Gegenständen des	4 027 04		2 007 42
Anlagevermögens i) Verluste aus Wertminderungen	4.037,84		3.087,43
oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufver- mögens und Einstellungen in			
die Wertberichtigung zu Forderungen j) übrige sonstige betriebliche	363.679,74		483.292,33
Aufwendungen	1.489.370,22	4.478.082,16	<u>1.220.824,31</u> 4.150.052,27
 davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung EUR 1.465,29 (EUR 602,21) 			,-
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.235,39	327,56
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		38.326,89	57.302,81
 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag 		<u> 10.066,89</u> -	12.694,23-
12. Ergebnis nach Steuern		1.143.641,67	1.394.217,03-
13. sonstige Steuern		289,86	219,70
Übertrag		1.143.351,81	1.394.436,73-

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, Berlin

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		1.143.351,81	1.394.436,73-
14. Jahresüberschuss		1.143.351,81	1.394.436,73-
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		153.621,37	1.548.058,10
16. Bilanzgewinn		1.296.973,18	153.621,37

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH, 10117 Berlin

Anhang

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2019

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	3
	Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht	3
	Angaben zur Vermittlung eines besseren Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	3
2.	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	4
	Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	5
3.	Angaben zur Bilanz	6
	Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens	6
	Angaben zu Forderungen gegenüber Gesellschaftern	8
	Sonstige Vermögensgegenstände	8
	Pensionsrückstellungen	8
	Ausschüttungssperre nach §253 Abs. 6 Satz 2 HGB	8
	Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden	8
	Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen	9
	Aufgliederung der Verbindlichkeiten und Sicherungsrechte mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre	9
	Latente Steuern	. 10
	Nicht bilanzierte sonstige finanzielle Verpflichtungen	. 10
4.	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	. 11
	Aufgliederung der Umsatzerlöse	. 11
	Erläuterung der periodenfremden Erträge	. 11
	Erläuterung der periodenfremden Aufwendungen	. 11
5.	Nachtragsbericht	. 12
6.	Sonstige Angaben	. 12
	Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	. 12
	Namen der Geschäftsführer	. 13
	Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats	. 13
	Vergütungen der Geschäftsführer	. 14
	Vergütungen der Mitglieder der Unternehmensorgane	14
	Honorar der Abschlussprüfer	14
7.	Vorschlag bzw. Beschluss zur Ergebnisverwendung	14
8.	Unterschrift der Geschäftsführung	. 14

1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH, Berlin (DAkkS) wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages zu beachten.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang gemacht werden können, sind insgesamt im Anhang aufgeführt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Gemäß Gesellschaftsvertrag sind für den Jahresabschluss die handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften anzuwenden.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

Die Gesellschaft ist seit 1. Januar 2010 eine beliehene Stelle.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der generellen Ansatzvorschriften der §§246-251 HGB sowie unter Berücksichtigung der besonderen Ansatzvorschriften für Kapitalgesellschaften, §§ 264, 265-266, 268-274, 276-278 HGB, und unter Beachtung der generellen Bewertungsvorschriften der §§252-256a HGB aufgestellt.

Werden Werte in TEUR dargestellt, wird auf eine Nachkommastelle gerundet.

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht: Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH

Firmensitz laut Registergericht: Berlin

Registereintrag: Handelsregister

Registergericht: Berlin (Charlottenburg)

Register-Nr.: 122846

Angaben zur Vermittlung eines besseren Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgenden, zusätzlichen Angaben sind bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage zu beachten:

Die Gesellschafter hatten sich bei Gründung der DAkkS darauf verständigt, ihr im Bedarfsfall eine Anschubfinanzierung von bis zu TEUR 7.500,- zur Verfügung zu stellen. Der Bund beteiligte sich über das Mittel der Zuwendung, um der DAkkS die zugesagte Anschubfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die ersten beiden Zuwendungen i.H.v. TEUR 300,- und TEUR 360,- wurden als nicht rückzahlbare Zuwendungen, die restlichen Beträge in Form von bedingt rückzahlbaren Zuwendungen gewährt. Insgesamt sind somit nach Berücksichtigung der Rückforderungen aufgrund Verwendungsnachweisprüfungen insgesamt 2.477.770,88 Euro an Mitteln für die Anschubfinanzierung durch das BMWi zur Verfügung gestellt worden.

Die rückzahlbaren Zuwendungen sind aufgrund der Vorgaben des beauftragten Wirtschaftsprüfers ursprünglich nicht als Einlage in das Eigenkapital gewertet worden, sondern stellten jeweils einen sonstigen betrieblichen Ertrag dar (siehe hierzu S. 3 des Anhangs Jahresabschluss der DAkkS für das Geschäftsjahr 2010 sowie Blatt 6 des Anhangs zum Jahresabschluss der DAkkS für das Geschäftsjahr 2011) und sind als solcher in die Gewinn- und Verlustrechnung der jeweiligen Jahre eingegangen. Ein bilanzieller Ausweis der durch das BMWi eingebrachten Anschubfinanzierung erfolgte weitestgehend nicht.

Im Abschluss des Jahres 2016 wurde darüber informiert, dass eine Rückstellung in Höhe des Rückzahlungsanteils des BMWi (2.477.770,88 EUR) gebildet wurde.

2. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit einem Wert zwischen 250 und 800 EUR werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die in Arbeit befindlichen Aufträge werden als unfertige Leistungen mit ihren Anschaffungskosten bzw. zu Herstellungskosten gemäß § 255 HGB aktiviert.

Für die Zeit vom 15. August 2013 bis zum 30. Juni 2018 erfolgt die Bewertung an Hand des Fertigstellungsgrades. Die Bewertung der unfertigen Erzeugnisse wird anhand pauschalierter Abarbeitungsgrade und der geplanten Standardkosten der Begutachtungen vorgenommen. Für den so ermittelten Betrag wird ein Abschlag von 5% abgezogen, der als Erfahrungswert die nach HGB vorgeschriebene verlustfreie Bewertung des Vorratsvermögens sicherstellt. Hier gilt die AkkStelleKostV.

Der pauschalierte Abarbeitungsgrad für die Gesamtleistung wird wie folgt verwendet:

- 25%, wenn die Antragsprüfung bis zum Stichtag abgeschlossen ist
- 40%, wenn die Begutachter bis zum Stichtag beauftragt wurden
- 75%, wenn die Begutachtung vor dem Stichtag durchgeführt wurde
- 85%, wenn alle Berichte der Begutachtung vorliegen
- 90%, wenn bis zum Stichtag die Unterlagen dem Akkreditierungsausschuss vorgelegt wurden
- 100%, wenn das Verfahren abgeschlossen wurde, die Rechnungsverfügung jedoch noch aussteht.

Ab dem 1. Juli 2018 gilt die AkkStelleGebV. Ab diesem Zeitpunkt wird die Bewertung für danach begonnene Vorgänge wie folgt vorgenommen:

Die zum Stichtag 31. Dezember 2019 aufgelaufenen Aufwandsbuchungen pro noch nicht abgerechnetem Vorgang werden ausgewertet und mit dem relevanten Gebührenstundensatz für die jeweilig buchende Person multipliziert.

Hierbei werden sämtliche "Gewinnpositionen" des Stundensatzes (wie bspw. Anteil zur Investitionsdeckung oder Anteil zur Finanzierung der an das BMWi abzuführenden Kosten der Aufsichtsführung) herausgerechnet. Fremdleistungen durch externe Begutachter werden in den Vorräten berücksichtigt, sobald hierfür eine Rückstellung gebildet wird oder eine Rechnung vorliegt. Allgemeine Verwaltungskosten werden nicht aktiviert.

Zur verlustfreien Bewertung sind auf Einzelermittlungen beruhende Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen worden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert abzüglich Wertberichtigungen bewertet. Das allgemeine Kreditrisiko ist durch pauschale Abschläge in Höhe von 1% (wie im Vorjahr auch) berücksichtigt.

Die Bewertung des Kassenbestandes und der Guthaben bei Kreditinstituten erfolgte zum Nennwert.

Das Stammkapital und die Kapitalrücklage sind mit dem Nennbetrag angesetzt.

Zuwendungen zur Finanzierung von Gegenständen des Anlagevermögens werden in einem Sonderposten für Zuwendungen zum Anlagevermögen ausgewiesen, der Sonderposten wird entsprechend dem Abschreibungsverlauf der geförderten Vermögensgegenstände aufgelöst. In 2019 wurden keine Zuwendungen zur Finanzierung von Gegenständen des Anlagevermögens erteilt.

Für ungewisse Verbindlichkeiten aus Pensionsverpflichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen wurden auf der Basis versicherungsmathematischer Berechnungen entsprechend der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet. Die Pensionsrückstellungen betragen EUR 253.503,68.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten Steuern. Aufgrund des Verlustvortrages ist die Rückstellung EUR 0,00

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss wurden die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden grundsätzlich bis auf die nachfolgende Änderung beibehalten.

Für die in Arbeit befindlichen Aufträge nach der ab dem 1. Juli 2018 geltenden AkkStelleGebV wurden die allgemeinen Verwaltungskosten nicht aktiviert.

3. Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wird als Zugang und Abgang ausgewiesen. Die Geschäftsjahresabschreibung enthält damit diese Beträge nicht.

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2019

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH Durchführung von Akkreditierungen, 10117 Berlin

Buchwert 31.12.2019	EUR		412.632,00 125.012,18	537.644,18		516.517,49	516.517,49	1.054.161,67
Zuschreibungen Geschäftsjahr	EUR		00'0	00'0		00'0	00'0	00'0
Umbuchungen kumulierte Abschreibungen 31.12.2019	EUR		1.810.634,11	1.810.634,11		883.040,79	883.040,79	2.693.674,90
Umbuchunger	EUR		00'0	00'0		00'0	00'0	00'0
Abgänge	EUR		9.714,03	9.714,03		131.365,83	131.365,83	141.079,86
Zugänge	EUR		00'0	00'0		00'0	00'0	00'0
Abschreibungen Geschäftsjahr	EUR		218.461,32	218.461,32		169.091,67	169.091,67	387.552,99
kumulierte Abschreibungen 01.01.2019	EUR		1.601.886,82	1.601.886,82		845.314,95	845.314,95	2.447.201,77
Anschaffungs-, Umbuchungen Herstellungs- kosten 31.12.2019	EUR		2.223.266,11 125.012,18	2.348.278,29		1.399.558,28	1.399.558,28	3.747.836,57
Umbuchung	EUR		00'0	00'0		00'0	00'0	00'0
Abgänge	EUR		11.328,03	11.328,03		133.789,67	133.789,67	145.117,70
Zugänge	EUR		63.070,32 77.597,18	140.667,50		188.259,67	188.259,67	328.927,17
Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2019	EUR		2.171.523,82 47.415,00	2.218.938,82		1.345.088,28	1.345.088,28	3.564.027,10
	Anlagevermögen	engeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rech-	ten und Werten 2. geleistete Anzahlungen	Summe immaterielle Vermögens- gegenstände	II. Sachanlagen	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe Sachanlagen	Summe Anlagevermögen

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH, Berlin

Angaben zu Forderungen gegenüber Gesellschaftern

Der Wert der Forderungen gegenüber Gesellschaftern beläuft sich auf EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00).

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Summe sonstige Vermögensgegenstände beträgt EUR 1.407.342,49 die sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr betragen EUR 269.676,02 (Mietkautionen). Die sonstige Vermögensgegenstände setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Rückforderungen von Körperschaftssteuer EUR 650.745,82 und Gewerbesteuer EUR 378.714,94. Der drittgrößte Posten ist die Mietkaution für die Immobilie am Standort Berlin mit EUR 169.985,06.

Pensionsrückstellungen

Zur Ermittlung der Pensionsrückstellung wurde das Teilwertverfahren angewendet.

Für die handelsrechtlichen Berechnungen wurden folgende Annahmen getroffen:

Rechnungszinssatz	2,71	%
Berechnungssatz des Unterschiedsbetrages gem. §253 Abs. 6 HGB	1,97	%
Rententrend	2,00	%
zugrunde gelegte Sterbetafel	Heubeck 2018 G	

Ausschüttungssperre nach §253 Abs. 6 Satz 2 HGB

Bei den Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen ergibt sich zwischen dem Ansatz nach dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz nach dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ein Unterschiedsbetrag im laufenden Geschäftsjahr in Höhe von EUR 64.829,00.

Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden

Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden	EUR
Erfüllungsbetrag der Schulden	510.533,00
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	257.029,00
Pensionsrückstellung nach Saldierung	253.504,00

Der Erhöhung der Aktivwerte (Zinsertrag) um EUR 15.625,09 steht ein Zinsaufwand von EUR 53.239,00 gegenüber (Zinsaufwand aus der Abzinsung EUR 14.986,00 und Zinsaufwand aus der Änderung des Abzinsungssatzes EUR 38.253,00).

Zur Bestimmung des Zeitwertes mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden wurden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Als Bewertungsmethode wurde die PUCM gewählt. Gemäß der PUCM wird der bis zum Bewertungsstichtag erdiente Anspruch ermittelt und dessen Barwert unter der Zugrundelegung der anerkannten Regelungen der Versicherungsmathematik berechnet.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Im Posten sonstige Rückstellungen sind die nachfolgenden nicht unerheblichen Rückstellungsarten enthalten.

Ausstehende Begutachterrechnungen	2.885.601,12
Urlaub/Überstunden	703.139,66
Prozesskosten	485.464,06
sonstige Rückstellungen	520.618,26
davon nicht verbrauchte Gremienzuwendungen	198,282,13
Anschubfinanzierung	2.477.770,88

Aufgliederung der Verbindlichkeiten und Sicherungsrechte mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre

Die nachfolgende Darstellung zeigt Restlaufzeiten und Sicherungsrechte der in der Bilanz aufgeführten Verbindlichkeiten.

Art der Verbindlichkeit	Gesamtwert	R	estlaufzeit	
			zw. 1 und 5	
		bis 1 Jahr	Jahre	> 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.571,44	1.571,44	0,00	0,00
erhaltene Anzahlungen	16.992.889,50	16.992.889,50	0,00	0,00
aus Lieferungen und Leistungen	3.821.997,57	3.821.997,57	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	804.360,63	804.360,63	0,00	0,00
davon aus Steuern	583.238,46	583.238,46	0,00	0,00
davon im Rahmen sozialer Sicherheit	450,39	450,39	0,00	0,00
Summe	21.620.819,14	21.620.819,14	0,00	0,00

Latente Steuern

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 werden keine latenten Steuern ausgewiesen.

Latente Steuern ergäben sich aus folgenden zeitlichen Bewertungsunterschieden zwischen der Handelsund Steuerbilanz:

In EUR	Handelsbilanz	Steuerbilanz
Aktive latente Steuern		
Pensionsrückstellungen	510.533,00	168.996,00
Sonstige Rückstellungen	7.252.124,84	7.244.353,42
Passive latente Steuern		
andere Anlagen, Betriebs- und		
Geschäftsausstattung	516.517,49	516.465,49

Darüber hinaus bestehen zum 31. Dezember 2019 steuerliche Verlustvorträge, welche ebenfalls zu aktiven latenten Steuern führen würden. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit folgendem Steuersatz: 30,66 %, (Körperschaftssteuersatz 15%, Soli 5,50%, durchschn. Gewerbesteuersatz 14,83%) als unternehmensindividueller Steuersatz, im gedachten Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen nach § 274 Abs. 2 HGB.

Die sich insgesamt ergebene Steuerentlastung wird entsprechend des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 HGB nicht angesetzt.

Nicht bilanzierte sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Im Einzelnen beinhalten diese Verpflichtungen folgende Sachverhalte:

	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Summe Mieten Büroräume	1.079.484	5.306.974	1.229.727
Summe Leasing Getränkeautomaten	7.230	7.932	
Summe Leasing Kopierer	18.893	9.447	
Leasing PKW	6.583	23.590	
Summe Wartung Software	90.582		
Summe über alles	1.202.773	5.347.943	1.229.727

Die Tabelle gibt die Verpflichtungen zusammengefasst über ihre Laufzeiten in den Zeitabschnitten wieder. Wartungsverträge sind abhängig von der Nutzungsdauer der Software und werden deshalb nur mit einem Jahr wiedergegeben.

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgliederung der Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden gemäß § 285 Nr. 4 HGB wie folgt aufgegliedert:

Tätigkeitsbereich	Umsatz
	EUR
hoheitliche Akkreditierungstätigkeiten	28.594.292,12
nicht hoheitliche Akkreditierungstätigkeiten	1.445.564,09
Gremientätigkeiten	1.191.634,93
Veranstaltungen und Schulungen	531.359,06
Sonstige	572.029,02
Geographisch bestimmter Markt	Umsatz
	EUR
Inland	28.500.172,83
Ausland	1.539.683,38

Die geographische Gliederung gibt ausschließlich Akkreditierungen wieder.

Erläuterung der periodenfremden Erträge

In der Erfolgsrechnung sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 1.707.558,70 enthalten.

Die Erträge wurden im Posten übrige sonstige betriebliche Erträge erfasst.

Im Einzelnen ergaben sich folgende Erträge, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind:

- Weiterberechnung von Auslagen für ZLG und ZLS EUR 1.326.837,65

Im Weiteren handelt es sich hier überwiegend um Korrekturen von Begutachterrechnungen.

Erläuterung der periodenfremden Aufwendungen

In der Erfolgsrechnung sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 1.484.776,12 enthalten.

Die Aufwendungen wurden im Posten übrige sonstige betriebliche Aufwendungen erfasst.

Im Einzelnen ergaben sich folgende Aufwendungen, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind:

- Begutachterrechnungen der ZLG und ZLS EUR 1.327.465,07

5. Nachtragsbericht

Ende Dezember 2019 wurde in der Stadt Wuhan, China, erstmals der Ausbruch der neuen Atemwegser-krankung "Covid-19", allgemein als Corona-Virus bezeichnet, auffällig. Aktuell hat sich das Virus auf über 100 Länder verbreitet, ca. 75.000 Menschen sind an den Folgen der Virus-Infektion verstorben. China und die übrigen stärker betroffenen Länder (Italien, Korea, Iran) versuchen teilweise mit drastischen Mitteln die Ausbreitung des Virus so weit wie möglich einzuschränken bzw. zu verzögern. Hierzu gehören die Abriegelung von betroffenen Gebieten bzw. Regionen und inzwischen auch in Deutschland die Einstellung von Flugverbindungen, Reisebeschränkungen und Einreiseverbote, Verbote und Absagen von Messen, Seminaren, Sportveranstaltungen und anderen Versammlungen, die temporäre Schließung von öffentlichen Einrichtungen, Universitäten, Schulen, Kindergärten und Unternehmen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die DAkkS sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzuschätzen. Die Pandemie kann die Geschäftstätigkeit des Unternehmens einschränken und somit negativ auf die Ertragslage wirken. Zum derzeitigen Zeitpunkt sind die Mitarbeiter der DAkkS zumeist im Homeoffice, jedoch über Cloudlösungen arbeitsfähig. Die DAkkS ist nach Ansicht der Geschäftsführung mindestens für die kommenden 3 Monate ausgelastet, da hier ein Auftragsbestand besteht. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich aufgrund der Pandemie Verschiebungen von Aufträge, Akkreditierungen und damit der Umsatzerlöse ergeben könnten. Entsprechend würden sich Fremdkosten durch Begutachtungen reduzieren. Entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit wurden getroffen, die DAkkS ist mit ihren Kunden und Lieferanten in engem Austausch.

Insgesamt geht die Geschäftsführung davon aus, dass sich für die Gesellschaft keine bestands- oder entwicklungsbeeinträchtigenden Situation ergeben wird, da insbesondere die Liquidität durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Freistellungserklärung des Bundes in Anspruch genommen werden kann. Die DAkkS steht bereits mit ihren Aufsichtsbehörden in engem Kontakt, um sich jederzeit mit ihnen über einen ggf. darüber hinausgehenden Liquiditätsbedarf abzustimmen.

6. Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen		Zahl
Angestellte		193,00
leitende Angestellte		7,00
Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit	200,00	
vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter		151,00 49,00

Namen der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Erster Geschäftsführer:

Dr. Stephan Finke

ausgeübter Beruf:

Dr. Ing., Wirtschaftsingenieur

Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats

Frau Isabel Rothe

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin Präsidentin

Frau MD'in Sabine Nießen

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Andreas Goerdeler

Mitglied des Aufsichtsrates

Herr Prof. Dr. Manfred Hennecke

Vorsitzender des Aufsichtsrates

Herr Dr. Kregel

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Amtsleiter des Amtes Verbraucherschutz

Herr Dr. Reinhard Kasper

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Referat IV B 5 - Pharmazie, Medizinprodukte

Leiter des Referates Pharmazie, Medizinprodukte

Herr Dr.-Ing. Jörg Ed. Hartge

Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. - ZVEI

Herrn Dr. Thomas Holtmann

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Abteilungsleiter

Herrn Herrmann Köhler

Mitglied des Aufsichtsrates

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr war Herr Prof. Dr. Manfred Hennecke.

Vergütungen der Geschäftsführer

Als Vergütung für die geleisteten Tätigkeiten im Berichtsjahr wurden EUR 172.623 gewährt.

Vergütungen der Mitglieder der Unternehmensorgane

Die Aufsichtsratstätigkeiten des Aufsichtsratsvorsitzenden wurden mit EUR 3.600,00 vergütet. An pensionierte Mitglieder wurde insgesamt eine Aufwandsentschädigung von EUR 1.350,00 gezahlt. Die Mitglieder erhalten Ersatz für entstandene Reisekosten und bare Auslagen. An Reisekosten wurden EUR 1.588,24 erstattet.

Honorar der Abschlussprüfer

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar enthält:

Honorar des Abschlussprüfers	EUR
Abschlussprüfungsleistungen	17.500,00
andere Bestätigungsleistungen	4.998,00
Steuerberatungsleistung	0,00
sonstige Leistungen	4.057,90

7. Vorschlag bzw. Beschluss zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt in Übereinstimmung mit den Gesellschaftern die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 1.143.351,81.

Das Ergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

8. Unterschrift der Geschäftsführung

Berlin, 14. April 2020

Ort, Datum

Unterschrift